

Mit neuer Stärke

Zur Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD in Bonn

von Walter Edenhofer

Mit der Forderung nach einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, Verhinderung von Altersarmut, einer sozialen und demokratischen Finanz- und Wirtschaftspolitik, einem Europa der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit und nach einer Stärkung der Organisation und politischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer, ging die Bundeskonferenz der AfA nach dreitägigen Beratungen in Bonn-Bad Godesberg zu Ende.

Die AfA hat damit nicht nur die politischen und sozialen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter den gegenwärtigen Bedingungen artikuliert, sondern auch wichtige inhaltliche Vorleistungen für die künftige Politik der SPD und ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 erbracht. Nach Jahren der Enttäuschung über sozialdemokratische Regierungspolitik hat die AfA ihr Selbstbewusstsein wiedergefunden.

Parteichef Sigmar Gabriel unterstrich in seiner Rede die Bedeutung der organisierten Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften für die politische Willensbildung und die Mehrheitsfähigkeit der Partei.

"Im Zentrum muss für die SPD das Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen". Die SPD müsse in Kontakt mit der Arbeitswelt bleiben und auch die jüngere Berufsgeneration im Auge haben. Das sei für die Sozialdemokraten eine "Existenzfrage". Es sei auch Aufgabe der SPD, die größer gewordene soziale und kulturelle Spaltung wieder zu schließen.

Mit ihren Beschlüssen unterstützt die AfA die SPD darin, verlorengegangenes Vertrauen vor allem dort wieder zu gewinnen, wo sie bei der Bundestagswahl 2009 die größten Verluste erlitt: Bei den Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Arbeitslosen. Falsche politische Weichenstellungen, vor allem in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, wie die Absenkung des Rentenniveaus und die Erhöhung der Altersgrenze auf 67 Jahre, führten nicht nur zu hohen Wahl- und Mitgliederverlusten der Partei, sondern brachte auch die sozialstaatlich orientierte Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in die politische Defensive:

Innerparteilich wurde sie wegen Ablehnung der Agendapolitik kritisiert, in Betrieben und Gewerkschaften musste sie sich als sozialdemokratische Arbeitnehmerorganisation für diese Politik rechtfertigen.

Die frühere Solidargemeinschaft der SPD mit enger Bindung an die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften wurde zudem durch die tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitswelt und bei den Arbeitsverhältnissen im Kern getroffen: Die Deregulierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes führte zu einem sprunghaften Anstieg der Leiharbeit. Die offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit weisen für 2011 einen vorläufigen Höchststand von über 900 000 Leiharbeitsverhältnissen aus. Unternehmen gehen zunehmend dazu über, durch Scheinwerkverträge Beschäftigte anzuheuern, jedes zweite neue Arbeitsverhältnis wird nur noch befristet abgeschlossen, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne haben im Rahmen der Hartzgesetzgebung rasant zugenommen. Gegenwärtig arbeiten etwa 7,4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in solchen Arbeitsverhältnissen. Wer nur einer befristeten Tätigkeit nachgeht, kann keinen langfristigen Kreditvertrag für den Kauf eines Autos abschließen, das er zur Erreichung seines Arbeitsplatzes dringend braucht. Irreguläre Arbeitsverhältnisse wirken sich somit auch für die Mobilität der Beschäftigten nachteilig aus. Es ist daher zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Politik, die Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu korrigieren. Das Normalarbeitsverhältnis muss wieder zur Normalität werden.

Die deregulierte Gesellschaft hinterlässt auch in der Organisationsarbeit ihre Spuren. Die SPD muss ihre betriebsnahe Arbeit und ihre Beziehungen zu den Arbeitnehmern unter den veränderten Bedingungen neu ausrichten. Dazu gehören neue Formen politischer Beteiligung und Mitbestimmung, damit Arbeitnehmer, Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute und Gewerkschafter, ihre Erfahrungen und die Interessen der Arbeitnehmer im Prozess der politischen Willensbildung einbringen und sozialstaatliche Politik mitgestalten können. Die Wege in die Politik müssen auch für betriebstätige Arbeitnehmer offen bleiben. Zur Erneuerung der Betriebsorganisation gehören auch die Ausweitung branchenorientierter Arbeit und gezielte Anstrengungen, berufstätige Jugendliche für die Arbeit der AfA zu gewinnen. Neue Medien und soziale Netzwerke sind aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken, sie können den persönlichen und gesellschaftlichen Dialog durch Arbeitnehmerforen und Bildungsarbeit aber nicht ersetzen. Gleichwohl bieten das Internet und seine Netzwerke neue

Möglichkeiten für direkte Kommunikation, Partizipation und Wählermobilisierung. Es erscheint angebracht, für Arbeitnehmer ein eigenes zentrales Kommunikationsangebot durch eine website der SPD im Internet bereitzustellen.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ist kein Ersatz für die Aufgabe und Verantwortung der SPD in ihrer Gesamtheit, eine an den Lebensinteressen der Arbeitnehmer und ihrer Familien orientierte Politik durchzusetzen. Seit ihrem Bestehen unterstützt die AfA die Partei bei diesem Auftrag. Sie ist eine Brücke zwischen Arbeitsleben, Partei und Gewerkschaften und orientiert sich in ihrer Arbeit an den Grundwerten und Grundsätzen der SPD. Grundsatztreue mag für neoliberal Denkende altmodisch erscheinen. Für die Sozialdemokratie mit ihrer Geschichte ist sie eine Existenzfrage.

Bonn, 26. April 2012